

Bestandsaufnahme demokratischer Initiativen in der politischen Bildungsarbeit mit muslimischen Jugendlichen in Deutschland – Ein Forschungsbericht

Stojanka Manolcheva
Valerija Manjuk
Eduardo-J. Vior¹

Beauftragt vom Bundesministerium des Innern² erstellten die Verfasser³ des vorliegenden Beitrags vom September 2002 bis Januar 2003 am Institut für Politikwissenschaft der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg⁴ die in der Überschrift erwähnte *Bestandsaufnahme*.

In unserem Projekt haben wir drei Beispiele demokratischer Initiativen in der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund⁵ in Deutschland untersucht und miteinander verglichen. Die dieser Studie anfänglich gestellte Aufgabe – über die politische Bildungsarbeit „demokratischer islamischer Organisationen“ mit Jugendlichen zu berichten - musste bald wegen der Feststellung umformuliert werden, dass es keine, nach dem in der Bundesrepublik alltäglich praktizierten Verfassungsverständnis⁶ „demokratischen islamischen Organisationen“ in Deutschland gibt. Weiter war noch unklar, was unter „muslimischen Jugendlichen“ zu verstehen ist. Also standen die zwei Grundannahmen unseres Vorhabens – dass es „demokratische islamische Organisationen“ und „muslimische Jugendliche“ gibt – unter Vorbehalt.

¹ Projektkoordinator.

² An dieser Stelle möchten wir dem Bundesministerium des Innern für die Finanzierung unseres Projekts danken.

³ An der Erstellung der Studie war teilweise auch Köksal Çalışkan beteiligt.

⁴ Die Studie wurde am UNESCO-Lehrstuhl für Menschenrechtserziehung angesiedelt. Die Verfasser möchten hiermit ihre Dankbarkeit für die ständige Unterstützung und Beratung durch seinen Inhaber, Prof. Dr. K.-Peter Fritzsche, kundtun.

⁵ In verschiedenen Studien weisen die Mitarbeiter des Zentrums für Türkei-Studien (ZfT) in Essen auf die Schwierigkeit hin, begrifflich genau diese Gruppen zu erfassen. Es gibt nämlich unter diesen Jugendlichen unterschiedliche Einstellungen und Haltungen zum islamischen Religionsbekenntnis. Dasselbe geschieht mit ihrer Subsumierung unter dem „Migranten“-Begriff. Die meisten von ihnen sind in Deutschland geboren worden bzw. hier aufgewachsen, in einigen Fällen trifft dies auch auf ihre Eltern zu. Deshalb wird in dieser Studie der vom ZfT erhobenen Mahnung zur Vorsicht Folge geleistet und von „Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund“ bzw. von „Jugendlichen im Migrantenumfeld“ gesprochen. S. dazu u.a. F. Şen / M. Sauer / D. Halm (2001:74-75). Von der stereotypischen Gleichsetzung von „Migranten“, „Moslems“ und „Türken“ in Deutschland wird später noch einmal die Rede sein.

Als Ergebnis unserer einleitenden Untersuchung über den Stand der wissenschaftlichen Forschung auf diesem Gebiet änderten wir unsere Stoßrichtung dahingehend, dass wir – wie in der Überschrift angekündigt - „demokratische Initiativen in der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund“ darstellten. Dabei entschieden wir uns für eine in doppeltem Sinne pragmatische Annäherungsweise: Erstens betrachteten wir als „demokratisch“ alle Initiativen – unabhängig von ihrer Trägerschaft -, die diese Jugendlichen zur Selbstständigkeit erziehen und zweitens fassten wir die in dieser Studie behandelte Gruppe breit auf: *Sie umfasste alle jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren, die unmittelbar oder mittelbar eine wie auch immer geartete, von islamischen Werten geprägte Sozialisation erfahren bzw. erfahren haben.* Mit diesem Ansatz distanzieren wir uns von der in der bundesrepublikanischen Forschung verbreiteten Neigung, die Selbstbezeichnung der Jugendlichen als „Muslime“ als Grundlage für allgemeine Aussagen über ihr gesellschaftliches und politisches Verhalten zu benutzen. Wir sind der Meinung, dass diese Selbstzuschreibung aus den folgenden Gründen keine wissenschaftliche Relevanz besitzt:

1. Da der Islam nur schwer eine Trennung zwischen Religion und Alltagsleben zulässt, erscheint es den befragten Jugendlichen als „normal“, sich gegenüber Interviewenden aus der Mehrheitsgesellschaft (ob in schriftlicher oder mündlicher Form) als „Moslem“ ohne weitere Differenzierungen zu zeigen. Wie kritische Autoren und Vertretern von Selbstorganisationen erklären, sind aus dieser Selbstzuschreibung noch keine Konsequenzen für die Lebensführung der Zielgruppe zu ziehen.
2. Durch die proklamierte Zugehörigkeit zur islamischen Glaubensgemeinschaft setzen viele Menschen im Migrationsmilieu ein Zeichen ihrer Selbstidentifizierung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft. Dabei wird aber nicht definiert, was für eine „islamische Lebensführung“ angestrebt wird, in welchem Verhältnis diese Vorstellung zur säkularisierten Lebenswelt dieser Minderheit steht, oder welche Folgen die Selbstzuschreibung für weit reichende politische und gesellschaftliche Entscheidungen der Befragten hat.

Uns war bewusst, dass nach unserer Entscheidung für diese Annäherungsweise der Bedarf nach einer systematischen, ja stringenten Begriffsbestimmung weiterhin besteht. Wir hoffen jedoch, durch den eingeschlagenen Weg, dieser Eingrenzung näher zu kommen.

⁶ Zur Unterscheidung zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit und derer Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen dem Staat bzw. der Mehrheitsgesellschaft und den Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund s. weiter unten.

Mit dieser Herangehensweise nahmen wir explizit Abstand von der Gleichung Migrant=Türke=Moslem=Fremder, die die in der Mehrheitsgesellschaft vorherrschenden Vorstellungen und viele wissenschaftliche Arbeiten in dieser Frage prägt⁷. Zwar stammen die meisten Menschen mit einem migratorischen Hintergrund in Deutschland direkt oder indirekt aus der Türkei, doch sind viele von ihnen bereits in der BRD geboren, aufgewachsen und ein Großteil hat nur indirekte Bezüge zur ursprünglichen Heimat. Sie können also nicht als „Türken“ bezeichnet werden. In der Recherche der wissenschaftlichen Literatur über die Lebenslage der hier untersuchten Jugendlichen stellten wir fest, dass die unter ihnen vorhandenen extremen Unterschiede in der materiellen und rechtlichen Lage einerseits, sowie in der Wahrnehmung der eigenen Gruppe und der Beziehungen zur Mehrheitsgesellschaft andererseits ihre einheitliche Erfassung als „Migranten“ unmöglich machen. Schließlich nehmen die religiösen Erlebnisse in diesen Gruppen dermaßen vielfältige Formen an, dass man sie auch nicht ohne weiteres in die Kategorie „Moslem“ subsumieren kann⁸. Aus diesem Grund wie auch wegen der von uns benutzten Typologie (s. weiter unten) untersuchten wir absichtlich neben einer erklärtermaßen muslimischen Initiative zwei Projekte ohne expliziten religiösen Bezug.

Nach unseren vorbereitenden Recherchen und der Auswertung der Fachliteratur beschlossen wir, den Gegenstand unserer Untersuchung außerhalb des Wirkungskreises der großen, in Deutschland tätigen muslimischen Verbände zu suchen: Keiner von ihnen ist es gelungen, einen entschlossenen Beitrag zur Entwicklung der Selbstständigkeit der bei ihnen aktiven Jugendlichen. Am Rande der islamischen Glaubensgemeinschaft vertritt die Föderation der Aleviten in Deutschland nach eigenen Darstellungen einen emanzipierenden Ansatz. Zur Zeit unserer vorbereitenden Recherchen befand sich die Föderation jedoch im Umbruch zwischen zwei großen Projekten, sodass wir keine Auswertung ihrer Arbeit vor Ort hätten durchführen können.

Die bereits vorgebrachten Einwände legten in dieser Studie die Entscheidung nahe, auf die Definition dessen, was „ein muslimischer Jugendlicher“ ist, zu verzichten, und stattdessen zu

⁷ Z. dieser Gleichung s. T. Höhne (2000:48-49).

⁸ Damit soll ihnen aber keineswegs der muslimische Glaube abgesprochen werden, zu dem sie sich bekennen. Wir übersehen auch nicht den besonderen Charakter der islamischen Religiosität, die durch die von ihr nicht vorgenommene Trennung zwischen Religiösem und Profanem das alltägliche Privatleben der einzelnen Gläubigen viel stärker beeinflusst als bei den Angehörigen christlicher Konfessionen (Şen / Sauer / Halm 2001:75). Mit der Relativierung soll hier auf die mannigfaltigen Verbindungen zwischen religiösem Glauben und den im vielfältigen Austausch miteinander und mit der Mehrheitsgesellschaft sowie mit anderen Minderheiten entwickelten Lebensauffassungen hingewiesen werden, die eine eigentümliche Mischung zu Stande brachten, die einige Autoren als „Euroislam“ bezeichnen. Z. „Euroislam“ s. B. Tibi u.a. (2002:293-325).

versuchen, die Konturen dieser Gruppe durch die Effekte der auf sie gerichteten politischen und gesellschaftlichen Praktiken zu zeichnen⁹.

Geht man von der normativen Annahme aus, dass die demokratische politische Bildung die Menschenrechte als Grundlage des individuellen und kollektiven Handelns betrachtet, so erscheint es auch hier ratsam, die bildungspolitischen Initiativen im Umfeld von Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund in ihrem Bezug auf die Menschenrechte unter die Lupe zu nehmen. Demnach wollten wir ausgewählte Beispiele der politischen Bildungsarbeit mit „muslimischen Jugendlichen“ nach ihrer Fähigkeit beurteilen, mit dieser Gesellschaftsgruppe zusammen Werte-, Normen- und Kommunikationsgemeinschaften aufzubauen will, die auf den Menschenrechten gründen.

Berücksichtigt man einerseits, dass die Menschenrechte zwar universal und unteilbar sind, aber immer in historisch konkreten Formen erscheinen und wiederholt einer Güterabwägung unterzogen werden müssen¹⁰, so ist die Frage nach den Prioritäten zu stellen, die die hier untersuchten Initiativen für ihre Bildungsarbeit setzen. Andererseits bringen Rechte immer Pflichten mit sich, die der Gegenpart zu erfüllen hat. Demzufolge richten wir unser Augenmerk auch auf die Forderungen der Jugendlichen an den Staat und die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft. So nimmt der Bezug auf die Menschenrechte in unserer Untersuchung, neben der herkömmlichen normativen, eine analytische Stellung ein.

Wir unterscheiden zwischen dem Grundgesetz und der Verfassungswirklichkeit des Landes. Diese Wirklichkeit wird geprägt von der Gesetzgebung und der Rechtsprechung auf der einen Seite und der Praxis von Staat und Verwaltung genauso wie von den Institutionen der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite. Aus diesen Wechselbeziehungen entsteht ein in stetem Wandel begriffenes Verständnis der Verfassung, das ihre Beziehungen zur Politik und Gesellschaft sowie den Sinn ihres Textes beeinflusst. Besonders in der Frage der politischen Mitwirkung der aus der Migration entstandenen Gesellschaftsgruppen erscheint diese Kluft als eklatant. Nicht nur Wissenschaftler/innen (stellvertretend dafür s. Koopmans, 1999, 2001 und 2002) sondern auch viele Verantwortliche für Integrationspolitik stimmen in der Feststellung einer Jahrzehnte andauernden Lücke in der politischen Agenda der Bundesrepublik Deutschland überein: Darin hatte die Migrationsfrage bis 1998 keine bedeutsame Stellung. Da Migrationspolitik in Deutschland ein Novum darstellt, müssen alle

⁹ Damit wenden wir einen diskursanalytischen und dekonstruktiven Ansatz an, so wie u.a. J. Angermüller und K. Bunzmann ihn definierten (Angermüller / Bunzmann, 2000:1-12).

¹⁰ Zum doppelten universalen/partikularen Charakter der Menschenrechte s. u.a. H. Bielefeldt 1998, R. Fornet-Betancourt (Hrsg.) 2000 und R. Fornet-Betancourt / H.-J. Sandkühler (Hrsg.) 2001.

Bezüge auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Republik in diesem Bereich unter den Vorbehalt ihrer Präzisierung gestellt werden: Was ist damit gemeint? Wie sieht dieser Bezug in der politischen und institutionellen Praxis aus? Welche Praktiken leitet er ein?

Diese Fragen haben uns geholfen, den Blick auf die von uns untersuchten Initiativen, aber auch auf regionalen und lokalen Initiativen von Staat und Verwaltung mit dem Ziel, die selbstständige Mitwirkung unserer Zielgruppe zu fördern, zu schärfen.

Aus dem hier vertretenen interkulturellen Verständnis der Menschenrechte lässt sich die Erkundung der demokratischen Sozialisation jedes Individuums und jeder Gruppe zugespitzt auf die Frage konzentrieren, inwieweit diese Sozialisation zur individuellen bzw. gruppenbezogenen, rationalen Selbstbestimmung beiträgt. Wenn dieser Prozeß zu diesem Ziel führt, hat er zweifelsohne einen demokratischen Charakter, egal unter welchen ideologischen Vorzeichen die Entwicklung erfolgt. Wenn das Vorhaben dieses Ziel verfehlt, schafft keine demokratische Rhetorik Abhilfe. Urteilsmaßstab für den Erfolg einer demokratischen Sozialisation ist demnach die in der gesellschaftlichen und politischen Praxis erwiesene Fähigkeit, die eigenen Interessen rational zu verfolgen, Konflikte durch Austausch von Argumenten zu lösen und sich in die Ansichten und Interessen der Anderen im Dialog der Positionen einzudenken (s. dazu u.a. M. Brocker [1997] und H. Nau [1997]).

Diese Auffassung gilt in allen Lebensbereichen, sowohl für Individuen als auch für Gruppen. Da wir die politische Bildung untersuchten, widmeten wir unsere Aufmerksamkeit der Entstehung von demokratischen politischen Subjekten. Nicht die Inhalte, sondern die erlebten Werte, Normen und Symbole sollen maßgebend für die Bestimmung dessen sein, was man als „demokratische politische Bildung“ bewerten kann. Als Fazit unserer Auffassung können wir feststellen, dass nur die selbstständige Mitwirkung der aus der Migration entstandenen Minderheit in den Institutionen des demokratischen Staates und der Mehrheitsgesellschaft ihr gleichberechtigtes Zusammenwirken mit dieser ermöglichen kann. *Integration durch Partizipation ist unser Motto.*

Zur Definition unseres Untersuchungsgegenstandes gelangen wir über Umwege: Da es keine Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund als geschlossene gesellschaftliche Gruppe gibt, deren Verhalten erforschbar wäre bzw. ermöglichen würde, auf Anhieb die Initiativen der politischen Bildung in ihrem Umfeld zu taxieren, bestimmten wir ihre Merkmale als Antworten auf externe Einflüsse auf ihre gesellschaftliche und politische Praxis. Dabei berücksichtigten wir die drei folgenden Faktoren:

- Die Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft, die weiterhin den Islam als ein der deutschen Gesellschaft fremdes Phänomen betrachtet und einer dreifachen Gleichung anhängt: Migrant=Moslem=Türke=Fremder (Höhne, 2000:48-49; Jonker 2002). Dadurch wird das Migrationsproblem auf ein religiöses reduziert und durch die Fremdheitszuschreibung außerhalb der Gesellschaft der Bundesrepublik plaziert. Die Integrationsfrage wird auf diese Art und Weise vereinfacht: *Die Migranten sollen ihre Fremdheit ablegen und sich in die Werte-, Normen- und Symbolgemeinschaft der Mehrheit einfügen.*
- Die Orientierung und die Stärke der islamischen Organisationen in Deutschland, die die politische Bildung von Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund zum Teil durch ihre Einstellungen zur demokratischen Grundordnung, ihre ausländischen Verflechtungen, Ziele, Organisationsformen und Personalausstattung mitbestimmen¹¹.
- Der Einfluss der Migrationslage der Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund auf ihre Bemühungen um selbstständige Identitätsbildung (Heitmeyer / Müller / Schröder 1997, Mannitz 2001, Nohl 2001 und Sauer 2000). Zur Behandlung dieser bereits erwähnten Einflüsse werden in dieser Untersuchung jugendsoziologische und diskursanalytische Instrumente¹² angewendet.

In der Kürze der uns zur Verfügung stehenden Zeit konnten wir nicht einen vierten Faktor mitberücksichtigen, den wir jedoch für unverzichtbar halten: Die Interessenkonflikte zwischen Deutschland und den Herkunftsländern der muslimischen Einwanderer, d.h. hauptsächlich der Türkei, bzw. der dort um Einfluss ringenden politisch-religiösen Kräfte sowie anderen islamischen Staaten. Es bestehen nachvollziehbare Zusammenhänge zwischen den wechselhaften Prozessen in der türkischen Innenpolitik und den Beziehungen zwischen dem Staat bzw. der Mehrheitsgesellschaft auf der einen und unserer Zielgruppe¹³ auf der anderen Seite. Viele Menschen mit Migrationshintergrund neigen dazu, die oben erwähnte Fremdzuschreibung als positives Identitätsmerkmal anzunehmen und idealisierten religiösen bzw. ethnokulturellen Bildern anzuhängen (dazu s. A. Bayaz 2002:202). Dadurch verstärken

¹¹ Grundsätzlich zu den islamischen Organisationen in Deutschland s. Feindt-Riggers / Steinbach (1997) und Lemmen (2001). Rein deskriptiv s. auch Küçüküseyin (2002). Zum „Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ)“ s. Jonker (2002). Z. Islamismus in Deutschland aus der Sicht des Verfassungsschutzes s. Müller (2001). Z. so genannten „Kalifat von Köln“ s. Schiffauer (2000).

¹² Z. Stellung der Dekonstruktion, der Diskursanalyse und der Kritik in dieser Arbeit s. u.a. J. Angermüller (1999, 2000 und 2001).

¹³ Grundlegend zu den Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland sowie den sie begleitenden Fremdbildern s. Bayaz (2002) und Tibi (1998 und 2002). Z. Frage der Selbstethnisierungstendenzen s. Zentrum für Türkei-Studien (1998) und Goldberg / Halm / Sauer (2001).

sie nur die Spaltung zwischen ihnen und ihrer mehrheitsgesellschaftlichen Umgebung: Sie leben in einem Umfeld, das ihnen fremd geblieben ist, und versuchen Sinn für ihr Leben durch die Idealisierung von Gesellschaften und Gemeinschaften zu stiften, die sie oft nicht kennen und die nur zum Teil mit der Lebensführung und den Lebensansichten kompatibel sind, die sie in Deutschland entwickelt haben. Daraus können keine selbstständige, freie und demokratische Persönlichkeiten und Gruppenidentitäten entstehen.

Durch die Berücksichtigung der drei erwähnten Faktoren haben wir die Entwicklung demokratischer Identitäten unter Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund in Deutschland im Spannungsfeld zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den verschiedenen, aus der Einwanderung - hauptsächlich türkischer StaatsbürgerInnen - hervorgegangenen Milieus geortet. Die unterschiedlich ausgeprägte islamische Religiosität dieser Gruppen haben wir als eine davon abhängige Variable betrachtet.

Als erste Stufe unseres Forschungsvorhabens bestimmten wir den Stand der Forschung in der hier zu erörternden Frage. In einer zweiten Stufe definierten wir den Gegenstand und die Fragestellung unserer Untersuchung sowie die hier benutzte Typologie. Schließlich formulierten wir die für die Recherchen vor Ort angewandte Methode.

Gegenstand dieser Untersuchung

Von Anfang an ist es das Anliegen dieses Forschungsvorhabens gewesen Initiativen auszumachen, die demokratische Tendenzen unter Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund stärken. Durch unsere bisherigen Recherchen wissen wir aber: 1) dass es keine „demokratisch-islamischen Organisationen“ nach dem in Deutschland vorherrschenden Verfassungsverständnis gibt; 2) dass es das Subjekt „muslimische Jugendliche“ aufgrund der unterschiedlichen Migrations-, Lebens- und Religionserfahrungen nicht gibt, sondern eine Vielzahl von Gruppen Heranwachsender, die von der Mehrheitsgesellschaft als „fremd“ betrachtet und politisch, administrativ und rechtlich als solche behandelt werden. Angesichts dieser Feststellung können wir nicht den Standpunkt vieler wissenschaftlichen Studien teilen, die ungefragt die Gleichung Migrant=Muslim=Türke=Fremder übernehmen und ihre Arbeit auf die Frage konzentrieren, wie diese Gruppen in die Mehrheitsgesellschaft „hineinzuzwängen“ sind. Wenn man so verfährt, enthält die Fragestellung bereits eine Fremdheitskonstruktion, die sich wesensgemäß in den Ergebnissen, also in der mit der Publikation verbundenen Botschaft wieder findet. In Folge dessen wird ein

Maßnahmenkatalog aufgestellt, an den die Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund sich halten müssen, wenn sie den Weg in die Mehrheitsgesellschaft beschreiten wollen¹⁴.

In Folge dieser kritischen Dekonstruktion ideologisierender Ansätze sehen wir uns mit einem methodischen Problem konfrontiert: Das Objekt unserer Untersuchung (zugleich Subjekt der anvisierten Maßnahmen) besteht nicht als gesellschaftlicher, geschweige denn politischer Akteur. Koopmans zufolge¹⁵ gibt es einen kausalen Zusammenhang zwischen der staatlichen Politik für den Migrantebereich und der mangelnden Motivation und Fähigkeit der Selbstorganisationen dieser Bevölkerungsgruppe, sich in das demokratische System der Mehrheitsgesellschaft politisch einzubringen. Dies hat er in zahlreichen vergleichenden Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen der Staatsbürgerschaftsauffassung und der Artikulation politischer Forderungen in und aus den Migrantenumilieus in Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, der Schweiz und Deutschland bewiesen. Da der in Deutschland bis 1998 vorherrschende Diskurs die Zuwanderung verdrängte, gab es keine von der Mehrheitsgesellschaft anerkannten „muslimischen Jugendlichen“. Einige von ihnen haben dann ihre sinnstiftende Anerkennung bei islamischen Organisationen gesucht, in geringem Maße auch bei radikalen Gruppierungen. Aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive kann diese Gruppe Jugendlicher demzufolge nur durch die Effekte der drei bereits dargestellten, divergierenden aber miteinander in Zusammenhang stehenden Einflüsse definiert werden, d.h. durch die Haltungen und Praktiken, die diese Einflüsse in der Gruppe hervorrufen. Gleichzeitig gewinnt die Forderung nach einem neuen, andersartigen Konzept in der politischen Bildungsarbeit mit dieser Jugendgruppe eine besondere Dimension: Von seiner Zielrichtung, seinem Charakter und seiner Implementierung hängt die künftige Standortbestimmung dieser Jugendlichen in ihrem politischen Umfeld ab.

Ein zentraler Leitsatz dieser Untersuchung ist, dass *erst das Angebot an selbstständigen politischen Beteiligungsmöglichkeiten durch den Staat und die Mehrheitsgesellschaft ein demokratisches politisches Subjekt aus den Reihen der Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund hervorbringen kann, dass als selbständiger Partner in der politischen Bildung im Sinne der Menschenrechte auftritt.*

¹⁴ Diese von vielen Experten, Politikern und Funktionären geteilte Haltung scheint entsprechende Reaktionen im Migrantenumilieu hervorzurufen. Während unserer Gespräche mit den Jugendlichen, die an den Maßnahmen der von uns untersuchten Initiativen teilnehmen, fiel uns die Neigung der Interviewten auf, ihre Probleme in der Schul- bzw. Berufsausbildung auf eigene Mängel bzw. Unzulänglichkeiten zurückzuführen. Somit verschwindet die analytisch festgestellte Diskriminierung (s. Radtke 2002). Bezüglich der Ergebnisse dieser Gespräche s. Auswertungen der Projekte und Schlussfolgerungen.

¹⁵ Gespräch von EJV mit R. Koopmans in Berlin am 2.12.02

Aus den zu gewinnenden Erkenntnissen über einige Initiativen, die sich die Aufgabe gestellt haben, diese Jugendlichen zur gesellschaftlichen Selbstständigkeit zu erziehen und Vernetzungen zwischen ihnen und der Mehrheitsgesellschaft aufzubauen, wollen wir dann einige modellhafte Alternativen vorschlagen. Hierfür haben wir drei Initiativen ausgesucht, die Beispiele für die in Westeuropa bestehenden „Modelle“ im politischen Umgang mit dem Migrationsphänomen darstellen¹⁶:

- Eine Selbstorganisation von Migranten in Berlin, die – in einigen Aspekten der in Frankreich vorherrschenden Integrationspolitik ähnlich - über Abstammung und konfessionelle Bindungen hinweg die Jugendlichen im Migrationsbereich auf ihr Ankommen in der Mehrheitsgesellschaft vorzubereiten versucht.
- Ein Projekt für muslimische Frauen und Mädchen in Köln, das sie – in etwa dem „britisch-niederländischen Modell“ folgend - durch ihren befristeten Rückzug in ein geschütztes kulturelles Milieu für ihre persönliche Entfaltung in der Mehrheitsgesellschaft aufbaut.
- Eine Bremer Initiative zur Förderung von „ausländischen Nachwuchskräften“, die – durchaus in der Tradition der Migrantenarbeit der deutschen Wohlfahrtsverbände - Jugendliche aus dem Migrantenmilieu zur Aufnahme und Durchführung einer Berufsausbildung zu motivieren versucht.

Allen drei Initiativen ist die Absicht gemeinsam, die Jugendlichen im Migrationsmilieu zu animieren, ihre Beziehungen selbsttätig und selbstständig zu gestalten, aber sie verfolgen dieses Ziel jeweils auf eine andere Art und Weise. Durch die Auswertung dieser drei Initiativen wollen wir verallgemeinerbare Aussagen über die Vor- und Nachteile dieser Alternativmodelle beim Definieren des Subjekts „demokratische Jugend mit muslimischem Hintergrund“ machen und weiterführende Maßnahmen empfehlen.

Tätigkeitsbericht und Auswertung

Wir haben drei unterschiedliche Initiativen untersucht, die sich die Erziehung von Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund zu einem selbstbestimmten Ankommen in der Mehrheitsgesellschaft vorgenommen haben. Die schulische und berufliche Ausbildung trägt entscheidend zum Ge- bzw. Mißlingen dieses Vorhabens bei. Demzufolge wenden die von uns untersuchten Projekte sehr viel Energie für die Begleitung und Beratung von Schülern

¹⁶ Zu den drei europäischen Modellen s. Koopmans (2001:63-99).

und Auszubildenden auf. Sie beschäftigen sich zwar mit sehr unterschiedlichen Fragen und Interessen, aber die pädagogische Lernförderung und die Begleitung bei der Berufsausbildung stehen weiterhin im Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit. Darum haben wir unsere Anstrengungen auf die Untersuchung der Ziele, Arbeitsweise, Organisation und Ergebnisse dieser pädagogischen Tätigkeiten konzentriert.

Die von uns untersuchten Initiativen sind die Aktion Courage (AC) und der mit ihr kooperierende Verein Vergessene Jugend Berlin (VJB), das Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen (BFMF) in Köln und die Beratungsstelle zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte (BQN) in Bremen. Wir haben für die vorliegende Untersuchung diese besonderen Initiativen ausgewählt, weil sie den drei im westeuropäischen Vergleich praktizierten Modellen der Integration ausländischer Migranten zuordenbar sind¹⁷: 1) das „französische Modell“, das die Gleichheit aller Staatsbürger/innen in Rechten und Pflichten über ihre ethnokulturelle Herkunft stellt und auf die Assimilation der ausländischen Migranten in die nationale Gemeinschaft abzielt, 2) das „britisch-niederländische Modell“, das die Gleichwertigkeit aller, den demokratischen Staat tragenden ethno-kulturellen Gruppen anerkennt sowie ihre selbstständige Entwicklung sogar durch die Übertragung staatlicher Kompetenzen fördert und 3) das „deutsche Modell“, das migrationspezifische Probleme¹⁸ sozialpolitischen Konzepten und Maßnahmen unterordnet. Entsprechend diesem werden die Migranten vorwiegend durch die sozialen Verbände betreut. Selbstverständlich kann man bei Organisationen, die in Deutschland unter besonderen Bedingungen tätig sind, nicht die erwähnten Modelle in reiner Form wiederfinden, die Klassifizierung dient jedoch als grobes Raster für unsere vergleichende Auswertung.

Angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit mussten wir uns darauf beschränken, die Arbeitsunterlagen der Initiativen (Satzungen, Jahresberichte, Werbematerial und Internetseiten) unter die Lupe zu nehmen, im Zuge eines bzw. zweier Besuche ausführliche Gespräche mit den Mitarbeiter/innen zu führen und das Gespräch mit den Jugendlichen zu suchen. So werden unsere Auswertungen unter dem Vorbehalt längerfristiger und umfassenderer Studien stehen. Ein weiterer einschränkender Faktor war die Tatsache, dass die Zeit der Kontaktaufnahme und der Gespräche vor Ort (November 2002) mit den Feierlichkeiten des muslimischen Fastenmonats Ramadan zusammenfiel. Dadurch entfielen

¹⁷ Z. den drei Modellen s. Koopmans (2001) und Koopmans / Statham (2000).

¹⁸ Dieses Merkmal würde die bis 1998 geltende staatliche Haltung betreffen.

viele Veranstaltungen in den untersuchten Projekten bzw. war die Teilnahme von Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund extrem reduziert.

Obwohl der Forschungsbeauftragte Dr. Eduardo-J. Vior den Kontakt zu den drei Initiativen aufnahm und den Verlauf der Untersuchungen vor Ort begleitete, übernahmen die drei an der Studie beteiligten studentischen Mitarbeiter/innen Frau Stoyanka Manolcheva, Frau Valerija Manjuk und Herr Köksal Çalışkan den direkten Kontakt zu den Projekten. Wir entschieden uns für diese Arbeitsweise nicht nur aus Effizienzgründen, sondern auch, weil die drei Mitarbeiter/innen als junge Menschen ausländischer Herkunft einen direkten Zugang zu den Jugendlichen (und in der Tat auch zu den jeweiligen Projektmitarbeiter/innen mit migratorischem Hintergrund) haben würden.

Für die Gespräche vor Ort haben wir einheitlich den folgenden qualitativen Fragenkatalog erstellt, den unsere Mitarbeiter/innen als Leitfaden für ihre Interviews benutzten:

- welche Diskriminierungserfahrungen haben die Jugendlichen gemacht?
- wie intensiv sind ihre Kontakte zur deutschen Mehrheitsgesellschaft?
- wie beurteilen sowohl die Projektmitarbeiter/innen als auch die Jugendlichen selbst das Versagen dieser Letzteren an den deutschen staatlichen Schulen?
- welche Motivationsprobleme haben die Jugendlichen in ihren Schul- und Ausbildungslaufbahnen?
- inwieweit verändert sich die Leistung der Jugendlichen in der Schule und der Ausbildung durch die Betreuung der von uns untersuchten Initiativen?
- wie viele Jugendliche haben dank der Betreuungsmaßnahmen einen Schulabschluss erreicht bzw. eine Ausbildungsstelle oder einen Arbeitsplatz erhalten?
- wie fördern die drei Initiativen die Vernetzung zwischen Mehrheitsgesellschaft und den Jugendlichen mit Migrationshintergrund?

Die *Beratungsstelle zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte (BQN)* führt in Bremen Beratungen und Informationsabende für jugendliche Migranten unter Berücksichtigung ihrer sozialen Lage durch. Die Initiative nimmt die Differenz der Migranten als Ausgangspunkt ihrer Arbeit wahr. Ziel ihrer begleitenden Tätigkeit ist, die Migranten/innen in die Lage zu versetzen, sich ohne Hilfe in der Mehrheitsgesellschaft zu bewegen. Zweifelsohne leistet die Beratungsstelle einen wichtigen Beitrag bei der Vernetzung der Mehrheitsgesellschaft mit dem Migrationsmilieu. Durch Bildungsmaßnahmen,

Kontaktbörsen und Informationsveranstaltungen bringen die Mitarbeiter der BQN jugendliche Migranten, Unternehmer, Betriebe und Selbstständige aus dem Migrantenmilieu und Ansprechpartner aus der Verwaltung zusammen.

Die Arbeit dieser Initiative - wie schon erwähnt - entspricht dem „deutschen Modell“: Organisationen der Mehrheitsgesellschaft (hier die *Arbeiterwohlfahrt*) betreuen das Migrationsmilieu mit sozial- und arbeitspolitischen Instrumenten. Sie zielen auf ein erfolgreiches Ankommen der Individuen aus dieser Umgebung in der Mehrheitsgesellschaft ab. Die selbstständige Artikulation von Interessen und die Organisation von Gruppen aus dieser Bevölkerungsschicht, um Forderungen an den Staat und die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft zu richten, sind in diesem Modell nicht vorgesehen.

Dem Berliner Verein ist es ansatzweise gelungen, den Forderungen der Jugendlichen Ausdruck zu verleihen. Zum einen können die Jugendlichen hier teilweise an der Arbeit des Vereins mit beteiligt werden¹⁹. Zum anderem ist der Verein *Vergessene Jugend Berlin (VJB)* ein selbstständiger Verein mit Mitarbeiter/innen aus dem Migrantenmilieu. Dennoch bedeutet diese Tatsache für sich allein genommen noch keine Artikulation von politischen Forderungen. Damit man vom Aufbau eines selbstständigen demokratischen Subjekts aus dem Migrationsmilieu heraus sprechen kann, sollten Visionen, Projekte und Strategien für den Umgang zwischen Mehrheit und Minderheiten entworfen werden, die wir in dieser anfänglichen Phase unserer Arbeit noch nicht erkennen konnten.

Idealtypisch und dem eigenen Anspruch nach wäre *Aktion Courage e.V.* und *Vergessene Jugend Berlin e.V. (VJB)* dem so genannten „französischen Modell“ zuzuordnen: Über die Migrationslage hinaus werden die Jugendlichen zu selbstständigen Bürger/innen des demokratischen Staates erzogen. Durch die Eingliederung der Migranten in die demokratische Gesellschaft wird die Migrationssituation als eine Übergangsphase behandelt. Ihre Überwindung soll die „Einheit der Nation“ (so der Anspruch des in Frankreich bestimmenden Diskurses) wiederherstellen. Verschiedene nicht kontrollierbare Faktoren stellen sich jedoch gegen die Anwendbarkeit dieses Modells unter den spezifischen Bedingungen, unter denen *VJB* arbeitet: 1) Die schichtspezifische und ethnokulturelle Wirklichkeit von Kreuzberg, wo die verbreitete Arbeitslosigkeit und Armut mit einer sehr hohen ethnokulturellen Selbstidentifizierung als „Deutschtürken“ zusammenfällt; 2) die mangelnde Vorbereitung des deutschen Staates und seines Personals auf die Aufnahme der Menschen mit

¹⁹ Dabei handelt es sich nicht um das Projekt „Pädagogische Lernförderung“, sondern um unterschiedliche, im Verein *Vergessene Jugend Berlin* angesiedelte Projekte (Gespräch mit Frau Berreßen, Frau Weber und Herr Karaca am 25.10.02 in Berlin).

Migrationshintergrund in die Mehrheitsgesellschaft, 3) die damit einhergehende berufsspezifische und ethnokulturelle Zusammensetzung des Vereinspersonals und 4) der strukturell bedingte sozial- und bildungspolitische Charakter der von uns beobachteten Aktivitäten.

Das Kölner *Begegnungs- und Fortbildungszentrum für Muslimische Mädchen und Frauen e.V. (BFMF)* stellt durch seine bloße Existenz eine positive Herausforderung für den in Deutschland praktizierten Umgang mit den aus der Migration hervorgegangenen Bevölkerungsgruppen dar. Sein Konzept der schulischen Ausbildung entspricht nicht der in Deutschland vorherrschenden, homogenisierenden Schul- und Bildungspolitik (Gomolla / Radtke, 2002). Dem „britisch-niederländischen Modell“ zufolge nimmt der Verein die gesellschaftlich konstruierte Differenz der jungen Frauen und Mädchen nicht nur wahr, er unterstützt sie in ihrer Andersartigkeit und motiviert die Herausbildung einer selbstbewussten Persönlichkeit mit muslimischen Werten. Schon jetzt erfährt die vom Verein unterhaltene Schule eine große Nachfrage, die sie aufgrund finanzieller Schwierigkeiten nicht befriedigen kann.

Schlussfolgerungen

Uns wurde die Aufgabe gestellt, „demokratische Initiativen in der politischen Bildungsarbeit mit muslimischen Jugendlichen“ zu untersuchen. Aus der Sicht der Menschenrechte bedeutet dies, die bestehenden Initiativen auf ihre Fähigkeit hin zu prüfen, diesen Jugendlichen zur selbstständigen Artikulation und Organisation gegenüber der Mehrheitsgesellschaft bzw. dem deutschen Staat zu verhelfen. Hauptziel dieser Artikulation und Organisation sollte die Verwirklichung folgender Rechte sein: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Ausübung des religiösen Glaubens, Staatsangehörigkeit, Arbeit, soziale Betreuung, Bildung und Pflege der eigenen Kultur. Diese Rechte betreffen nämlich unmittelbar die Lebenslage der Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Bis zum jetzigen Stand unserer Untersuchungen haben wir keine Initiative ausmachen können, die diese normativen Ziele erfüllt. Weitere Erkundungen sind vonnöten. Es wäre auch nachzuforschen, inwieweit dieser negative Befund – falls er sich bestätigt - sich durch die bis 1998 praktizierte Migrationspolitik erklären lässt: Da die Zuwanderung von Staats wegen bis dahin als relevanter Tatbestand verleugnet wurde, wurde der Aufenthalt von ausländischen Arbeitnehmer/innen in Deutschland als eine Übergangssituation angesehen, die sich von allein durch ihre Rückkehr in die jeweiligen Heimatländer lösen würde, und die

sozioökonomische Lage der Einwanderer hauptsächlich mit den Instrumenten der Arbeits- und Sozialpolitik behandelt.

Neben den staatlichen Instrumenten entstanden im Laufe der letzten vier Jahrzehnte eine Vielzahl von privaten, gemeinschaftlichen und religiösen Initiativen zur sozialen, religiösen und pädagogischen Betreuung der Migrant/innen. Hinzu kamen vielfältige Selbstorganisationen aus dem Milieu. Auch die Initiativen, die mit den Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund arbeiten, scheinen allesamt zu versuchen, die Jugendlichen an die Mehrheitsgesellschaft heranzuführen. Von ihnen kommen wenige Impulse für die integrationsfördernde Reform der gesamten deutschen Gesellschaft. Ihre Vernetzung mit denjenigen Initiativen, die auf die integrationsfördernde Veränderung der Mehrheitsgesellschaft und des Staates hinarbeiten, ist schwach entwickelt.

Möglicherweise liegt der richtige Ansatz für die demokratische politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund in einer flexiblen Kombination der drei bislang angewandten Modelle miteinander: das der „intermediären Organisationen“ mit dem sozialpolitischen und dem Differenzansatz. Der Anspruch jedoch, die drei konkurrierenden Politikansätze miteinander zu verbinden, wenn einer von ihnen jahrzehntelang eine faktische Monopolstellung besaß, kann nur durch eine unverhältnismäßige Förderung der zwei anderen zum Erfolg führen.

Vor diesem Hintergrund fällt ganz besonders die einhellige Aussage der von uns interviewten Jugendlichen auf, ihre Schul- und Ausbildungsprobleme seien nicht auf Diskriminierung zurückzuführen. Diese Aussage widerspricht dem wissenschaftlichen Befund, es herrsche in den staatlichen Institutionen, allen voran der Schule, eine strukturell angelegte Diskriminierungspraxis vor, die die im gesellschaftlichen und bildungspolitischen Diskurs als different angesehenen Kinder und Jugendlichen aus dem Migrantenumilieu durch Selektion bestraft (Gomolla / Radtke 2002). Da die von uns befragten Jugendlichen verlangen allesamt die Aufnahme in die Mehrheitsgesellschaft, lautet unsere Hypothese für die Erklärung dieser Diskrepanz zwischen dem wissenschaftlichen Befund und der Wahrnehmung unserer Interviewten folgendermaßen: Um die Aufnahme in die Mehrheitsgesellschaft nicht zu gefährden, folgen die Kinder und Jugendlichen einem Anpassungskurs. So neigen sie dazu, ihre Probleme in der Schule bzw. bei der Berufsausbildung als individuelle Mängel darzustellen, an denen sie fleißig zu arbeiten gedenken. In der Kürze der uns zur Verfügung stehenden Zeit war es uns nicht möglich unsere Annahme zu überprüfen. Unserer Meinung nach besteht ein fester Zusammenhang zwischen dem mangelnden Selbstvertrauen

muslimischer Jugendlicher und der fehlenden Anerkennung durch die Mehrheitsgesellschaft. Dementsprechend wäre es notwendig einerseits, dass diese Jugendgruppe ihre Schul- und Berufsprobleme als durch objektive Umstände verursacht sieht und andererseits, dass sie sich politisch beteiligt und ihre Interessen gegenüber dem Staat bekundet. Das heißt, dass es ein enger Zusammenhang zwischen ihrem Selbstbewusstsein bzw. Selbstbewusstwerden und ihrer Anerkennung durch die Mehrheitsgesellschaft besteht.

Mit der Klärung und Erklärung dieser Zusammenhänge befasste sich vorwiegend die Diskussion im Workshop, den wir in Rahmen des 9. Bundeskongresses für politische Bildung am 8. März 2003 in Braunschweig koordinierten. Die Vorstellung der Studie gab Anlass zu einer Diskussion über den Sinn und Zweck der politischen Arbeit mit Jugendlichen im Allgemeinen. Uns war daran gelegen, unseren Mitdiskutierenden zu verdeutlichen, dass die politische Bildung mit Jugendlichen keine politische Unterweisung ist, sondern ein Training in praktischer Demokratie.

Aus der normativen Perspektive der erwähnten Menschenrechte können wir beim gegenwärtigen Stand unserer Forschung keine relevanten demokratischen politischen Subjekte ausmachen, die aus der Gruppe der Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund hervorgehen. Nur das Erkennen und Thematisieren diskriminierender Strukturbedingungen in Verbindung erstens mit dem systematischen Aufbau von Kanälen für die Artikulation von Forderungen an die Mehrheitsgesellschaft und zweitens mit der berufspolitischen Qualifizierung der angehenden Vereinsvertreter/innen und Funktionäre aus dem hier untersuchten Milieu kann ein demokratisches Subjekt „muslimische Jugend in Deutschland“ hervorbringen, das im Stande ist, im Dialog mit der Mehrheitsgesellschaft den freiheitlich-demokratischen Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland zu erweitern. Es liegt im eigenen Interesse des Staates und der Mehrheitsgesellschaft, demokratische Kontrahenten aus dem Migrantenumilieu zu fördern. Auch wenn dieser Prozess zur Entstehung neuer politischen Akteure und dadurch zu einer größeren Komplexität des politischen Lebens in Deutschland führt, macht er dieses transparenter und steuerbarer.

Magdeburg, den 21. Januar 2004

Literatur und Informationsquellen

Zur Bestandsaufnahme des Forschungsstandes und Bestimmung des theoretischen Ansatzes benutzte Literatur

1. *Zu den muslimischen Organisationen in Deutschland:*

Feindt-Riggers, Nils / Steinbach, Udo 1997 – *Islamische Organisationen in Deutschland – Eine aktuelle Bestandsaufnahme und Analyse*, Deutsches Orient-Institut, Hamburg.

Jonker, Gerdien 2002 – *Eine Wellenlänge zu Gott – Der „Verband der Islamischen Kulturzentren“ in Europa*, transcript Verlag, Bielefeld.

Kücühüseyin, Sevket 2002 – „Türkische politische Organisationen in Deutschland“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Zukunftsforum Politik*, Broschüre Nr. 45, Sankt Augustin im August.

Lemmen, Thomas 2001 – *Muslime in Deutschland – Eine Herausforderung für Kirche und Gesellschaft*, Nomos Verlagsanstalt, Baden-Baden.

Müller, Herbert L. 2001 – „Islamistische Organisationen in Deutschland“, Teil I in: Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, *Materialdienst 10/2001*, S. 322-329 und Teil II in: ebd., *Materialdienst 11/2001*, S. 361-370.

Schiffauer, Werner 2000 – *Die Gottesmänner – Türkische Islamisten in Deutschland*, Suhrkamp Taschenbuch, Frankfurt a.M.

Spuler- Stegemann, Ursula; „Islam in Deutschland. Die Grenzen der Religionsfreiheit“ in: *Der Bürger im Staat*, 2001 Heft 4, http://www.lpb.bwue.de/aktuell/bis/4_01/muslimeorga3.htm, 15.10.02, 11:29.

2. *Zu den Beziehungen zwischen der Türkei und den Bevölkerungsgruppen mit türkischer Sozialisation in Deutschland:*

Albert, Reiner 1998 – „Mehrheitsgesellschaft und türkisch-sunnitischen Migranten“, in: <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-98/9841000m.htm>, 16.10.02 15:42.

Bayaz, Ahmet 2002 – „Das Türkei bild der Deutschen und das Deutschland bild der Türken“, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.), *Türkei, Politik-Gesellschaft-Wirtschaft*, Leske + Budrich, Opladen, S. 197-207.

Tibi, Bassam 1998 – *Aufbruch am Bosphorus*, Diana Verlag, München/Zürich.

Tibi, Bassam 2002 – *Islamische Zuwanderung – Die gescheiterte Integration*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart/München.

Zentrum für Türkei-Studien (Hrsg.) 1998 – *Das ethnische und religiöse Mosaik der Türkei und seine Reflexionen auf Deutschland*, Lit Verlag, Münster.

3. Zur Migrationslage der Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund:

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (BBA) 2002 – *Jahresbericht 2001*, Berlin.

Duyvene de Wit, Thom / Koopmans, Ruud (2001): „Die politisch-kulturelle Integration ethnischer Minderheiten in den Niederlanden und Deutschland“, in: *Forschungsjournal NSB*, Jg. 14, Heft 1.

Esser, Hartmut 2001: *Integration und ethnische Schichtung*, Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, Berlin.

Gesemann, Frank (Hrsg.) 2001: *Migration und Integration in Berlin*, Leske + Budrich, Opladen.

Gesemann, Frank 2001: „Wenn man den Polizisten nicht vertrauen kann, wem dann? Zur gegenseitigen Wahrnehmungen von Migranten und Polizisten“, in: Gesemann, Frank (Hrsg.), op. cit.

Goldberg, Andreas / Halm, Dirk / Sauer, Martina (Hrsg.) 2001: *Migrationsbericht des Zentrums für Türkeistudien 2002*, Lit-Verlag, Münster.

Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter 2001: *Soziale Integration und ethnische Schichtung - Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration*, Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, Berlin/Oldenburg.

Halm, Dirk 2001 – *Interkulturelles Konfliktmanagement*, Zentrum für Türkei-Studien, Essen im März.

Heitmeyer, Wilhelm / Müller Joachim / Schröder, Helmut 1997: *Verlockender Fundamentalismus*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M.

Jonker, Gerdien 2002: „Probleme der Kommunikation zwischen Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft – Analyse und praktische Beispiele“, in: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hrsg.), *Vom Dialog zur Kooperation – Die Integration von Muslimen in der Kommune*, Dokumentation eines Fachgesprächs, Berlin und Bonn im Mai, S. 9-26.

- Koopmans, Ruud 1999: „Deutschland und seine Einwanderer: ein gespaltenes Verhältnis“, in: Kaase, Max / Schmid, Günher (Hg.), *Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*, WZB-Jahrbuch, Berlin, S. 165-200.
- Koopmans, Ruud / Statham, Paul 2000: „Migration and Ethnic Relations as a Field of Political Contention: An Opportunity Structure Approach“, in: ebd. (Eds.), *Challenging Immigration and Ethnic Relations Politics*, Oxford, S. 13-56.
- Koopmans, Ruud 2001: „Partizipation der Migranten, Staatsbürgerschaft und Demokratie: nationale und lokale Perspektiven“, in: Pröhl, Marga / Hartmann, Hauke (Hrsg.), *Strategien der Integration – Handlungsempfehlungen für eine interkulturelle Stadtpolitik*, Berlin, S. 103-111.
- Koopmans, Ruud / Statham, Paul 2001: „How national citizenship shapes transnationalism. A comparative analysis of migrant claims-making in Germany, Great Britain and the Netherlands“ in: *REMI* 2001 (17) 2, S. 63-100.
- Koopmans, Ruud 2002: persönliches Gespräch mit Eduardo-J. Vior am 2.12 in Berlin.
- Mannitz, Sabine 2001: „'West Side Stories'. Warum Jugendliche aus Migrantenfamilien das wiedervereinigte Berlin als geteilte Stadt erleben“, in: Gesemann, Frank (Hrsg.) 2001, op. cit.
- Nohl, Arnd-Michael 2001: „Bildung und Migration. Empirische Rekonstruktionen zu bildungserfolgreichen Jugendlichen aus türkischen Einwanderungsfamilien“, in: Gesemann, Frank (Hrsg.), op. cit.
- Sauer, Martina 2000: *Kulturell-religiöse Einstellungen und sozioökonomische Lage junger türkischen Migranten in der Bundesrepublik: eine empirische Untersuchung*, Zentrum für Türkei-Studien, Essen.
- Sauer, Martina / Goldberg, Andreas 2001: *Die Lebenssituation und Partipation türkischer Migranten in Nordrhein-Westfalen, Ergebnisse der zweiten Mehrthemenbefragung*, Lit-Verlag, Münster.
- Schiffauer, Werner 2001: „Staat – Schule – Ethnizität“, in: Gesemann, Frank (Hrsg.), op. cit., S. 233-250.
- Schneewind, Julia / Merkens, Hans 2001 – „Inklusion und Exklusion von Mitgliedern der türkischen Minorität in Schulklassen“, in: Gesemann, Frank (Hrsg.), op.cit.

Şen, Faruk / Sauer, Martina / Halm, Dirk 2001 – *Intergeneratives Verhalten und (Selbst-)Ethnisierung von türkischen Zuwanderern*, Gutachten des Zentrums für Türkei-Studien für die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“, Essen im März.

4. Zum methodischen Ansatz:

Angermüller, Johannes 1999 – „Einleitung: PostModerne zwischen Theorie und Kultur“, in: Angermüller, Johannes / Nonhoff, Martin (Hg.), *PostModerne Diskurse zwischen Sprache und Macht*, Argument Verlag, Hamburg, S. 7-22.

Angermüller, Johannes / Bunzmann, Katharina 2000 – „Realität, Fiktion und die Krise der Repräsentation. Einleitung“, in: Angermüller, Johannes / Bunzmann, Katharina / Rauch, Christina (Hrsg.), *Reale Fiktionen, fiktive Realitäten*, Lit Verlag, Hamburg, S. 1-12.

Angermüller, Johannes 2001 – „Einleitung. Diskursanalyse: Strömungen, Tendenzen, Perspektiven“, in: Angermüller, Johannes / Bunzmann, Katharina / Nonhoff, Martin (Hrsg.), *Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen*, Argument Verlag, Hamburg, S. 7-22.

Bielefeldt, Heiner 1998 – *Philosophie der Menschenrechte*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

Brocker, Manfred 1997 – „Einleitung“, in: Brocker, Manfred / Nau, Heino Heinrich (Hrsg.), *Ethnozentrismus – Möglichkeiten und Grenzen des interkulturellen Dialogs*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, Teil C. Politische Wissenschaft, S. 217-224.

Fornet-Betancourt, Raul (Hrsg.) 2000 – *Menschenrechte im Streit zwischen Kulturpluralismus und Universalität*, Denktraditionen im Dialog: Studien zur Befreiung und Interkulturalität, Band 6, IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt a.M.

Fornet-Betancourt, Raul / Sandkühler, Hans-Jörg (Hrsg.) 2000 – *Begründungen und Wirkungen von Menschenrechten im Kontext der Globalisierung*, Denktraditionen im Dialog: Studien zur Befreiung und Interkulturalität, Band 12, IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt a.M.

Gomolla, Mechtild / Radtke, Frank-Olaf 2002 – *Institutionelle Diskriminierung – Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*, Leske + Budrich, Opladen.

Höhne, Thomas 2000 – „Zur Theorie und Praxis dekonstruktiver Kritik am Beispiel des Kulturdiskurses“, in: Angermüller, Johannes / Bunzmann, Katharina / Rauch, Christina (Hrsg.), *Reale Fiktionen, fiktive Realitäten*, Lit Verlag, Hamburg, S. 37-50.

Nau, Heino H. 1997 – „Einleitung“, in: Brocker, Manfred / Nau, Heino Heinrich (Hrsg.), *Ethnozentrismus – Möglichkeiten und Grenzen des interkulturellen Dialogs*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, Teil B. Kulturwissenschaften, S. 115-119.

Informationsquellen zu Aktion Courage und Vergessener Jugend Berlin:

Aktion Courage e.V. 2001: Projekt „Integration von Muslimen und muslimischen Organisationen in Deutschland“, Bericht über das Jahr 2001, Berlin.

Aktion Courage e.V.: <http://www.aktioncourage.de/>

Berreßen, Barbara 2002 – „Integration von Muslimen und muslimischen Organisationen in Deutschland: Religiöse Betreuung in Krankenhäusern. Ein Modellprojekt von Aktion Courage e.V. – SOS Rassismus“, in: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hrsg.), *Vom Dialog zur Kooperation – Die Integration von Muslimen in der Kommune*, Dokumentation eines Fachgesprächs, Berlin und Bonn im Mai, S. 27-29.

Vergessene Jugend Berlin e.V. (VJB): Bewerbungsunterlagen für den Integrationswettbewerb 2002, o. Orts- und Datumangabe.

Vergessene Jugend Berlin e.V. (VJB): Projektbeschreibung „Pädagogische Lernförderung - Unterstützung der Schüler aus dem Kiez“ (Zusammenfassung), o. Orts- und Datumangabe.

Vergessene Jugend Berlin e.V. (VJB) 2002: Satzung der VJB e.V., neue Fassung, beschlossen am 09.03.02.

Persönliches Gespräch von S. Manolcheva (S.M.) und E.-J. Vior mit der Projektleiterin bei Aktion Courage e.V., Frau Barbara Berreßen, mit Frau Heike Weber und Herrn Hakan Karaca am 22. Oktober 2002 in Berlin.

Persönliches Gespräch (S.M.) mit dem Vorsitzenden des VJB-Vereins Herrn Halit Öztürk, am 4. November 2002 in Berlin.

Persönliche Berichte der Nachhilfelehrer bei VJB (an S.M.), am 21. November 2002 in Berlin.

Persönliches Gespräch (S.M.) mit Herrn Hakan Karaca, Mitarbeiter bei Aktion Courage e.V., am 21. November 2002 in Berlin.

Persönliche Gespräche (S.M.) mit Frau Canan Korucu, Mitarbeiterin bei VJB, am 21. und 22. November 2002 in Berlin.

Informationsquellen zum Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen:

Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. (BFMF) 2002: Satzung vom 26. Februar 2002, Köln.

Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. (BFMF) Jahr?: *Keine Angst vor muslimischen Mädchen - Schulabschlüsse und Ausbildungsstellen für jugendliche muslimische Migrantinnen*, Projektvorschlag im Rahmen des XENOX-Programms gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Ort?.

Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. (BFMF) 2002: Kursprogramm für das zweite Halbjahr, Köln.

Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. (BFMF) Jahr?: *Selbstdarstellung*, Köln.

Persönliches Gespräch von Valerija Manjuk (V.M.) mit der Leiterin Frau Theißen am 31. Oktober 2002 in Köln.

Persönliches Gespräch (V.M.) mit der Leiterin Frau Theißen, der Verantwortlichen für den Sozialbereich Frau El Ammarine und der Ansprechpartnerin für den Jugendbereich Frau Öcal am 11. Dezember 2002 in Köln.

Informationsquellen zur Beratungsstelle zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte:

Adolf, Hilde, „Der Weg zur vollen Chancengleichheit“, in: *Stimme, Special Dokumentation*, Bremen 2000? (Sonderausgabe für die Fachtagung „Jugend“ am 18.19.10.2000), S. 7-8.

AWO Bremen: *BQN*, Broschüre, Bremen o.J.

AWO Bremen: *BQN – Ausländische Selbständige*, Broschüre, Bremen o.J.

BQN: *Berufswahlverhalten von Schülerinnen und Schülern aus zugewanderten Familien*,
[Eine Umfrage der Beratungsstelle zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte
(BQN) an drei Bremer Schulen], Bremen o.J.

BQN: *Engagiert und Kompetent: Ausländische Selbständige bilden aus. Informationen,
Fakten, Beispiele*, Bremen o.J.

BQN: *Karriere machen bei der Polizei Bremen*, Broschüre, Bremen o.J.

BQN: *Zur Integration von Jugendlichen ausländischer Herkunft – Hintergründe, Zahlen und
Fakten im Land Bremen*, Broschüre, Bremen o.J.

Persönliches Gespräch von Eduardo-J. Vior mit Carolina Monfort-Montero am 25. November
2002 in Hannover,.

Persönliches Gespräch von Köksal Çalışkan mit Ahmet Can und Kaan Karayilmaz am 4.
Dezember 2002 in Bremen.

KAUSA (Koordinierungsstelle – Ausbildung in ausländischen Unternehmen): *Fachtagung
Nord*, Broschüre, Bremen o.J.

Der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen 2000?:

Berufsorientierungsmaßnahmen für Zuwanderinnen und Zuwanderer, Bremen.